

Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24

Titel-Vorschau „Liste der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger“

Titelvorschau der „Liste der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger“

Bürgervorschläge zur Haushaltskonsolidierung / Haushaltssicherung

1. Übernachtungssteuer erhöhen und ausweiten
2. Keine finanzielle Beteiligung am Aufwand der Schlösserstiftung (Parkeintritt)
3. Moderate Erhöhung der Einnahmen aus Anwohnerparkausweisen
4. Erhöhung der Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung
5. Höhere Gebühren für Nutzung des Straßenlandes: Film, Gastro, Werbung
6. Energie-Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung
7. Gewinnausschüttung der Potsdamer Stadtwerke
8. Effiziente Geschäftsprozesse in der Stadtverwaltung
9. Kein Ausbau des Stadtkanals zwischen Kellertor und Berliner Straße
10. Kein Stadtgeld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche

Bürgervorschläge zur laufenden Verwaltungstätigkeit (Ergebnishaushalt)

11. Bürgerabstimmung zum Areal an der neuen Garnisonkirche
12. Einrichtung einer Stabsstelle für Klimaschutz und Energiesicherheit
13. Energieleitplanung zur Heizenergie aus regenerativen Quellen
14. Angebot des städtischen Klimafonds ausweiten
15. Gemeinsame Baumpflege mit der Bürgerschaft
16. Dialog mit Schlösserstiftung: Babelsberger Park auch für Naherholung
17. Erhalt und Schutz von Kleingärten in Potsdam
18. Erbbaurecht vor Verkauf von städtischen Grundstücken und Gebäuden
19. Spürbare Verbesserungen im Bürgerservice der Stadtverwaltung
20. Nachbarschaftshäuser stärker fördern
21. Freiwillige Feuerwehren finanziell unterstützen
22. Queer-Etat für Potsdam und Unterkunft für queere Geflüchtete
23. Einrichtung einer Anlaufstelle für Potsdamer Zeitzeugen
24. Längere Öffnungszeiten der städtischen Bibliotheken
25. Inselbühne auf der Freundschaftsinsel erhalten und fördern
26. Elektro-Mobilität: Digitale Abfrage und Web-Speicher für Ladepunkte
27. Planung einer Ortsumgehungsstraße um Potsdam
28. Radschnellwege-Konzept mit Strecke zw. Hauptbahnhof und Potsdam-West
29. Naturschutz: Rangerinnen und Ranger für Potsdam
30. Versorgung kranker und verletzter Wildtiere

Bürgervorschläge zur Investitionsplanung (Finanzhaushalt)

31. Besserer Umgang mit Stadtauben: Betreuten Taubenschlag einrichten
32. Jugend- und Freizeitfläche am Nuthepark / Hauptbahnhof finanzieren
33. Sporthalle zur Nutzung für Vereine und Gruppen (ohne Schulsport)
34. Skaterbahn für Fahrland
35. Freibad im Potsdamer Norden
36. Fahrradweg für Groß Glienicke
37. Radweg-Lückenschluss zwischen Satzkorn und Marquardt
38. Bastion am Schillerplatz in Potsdam-West fertig stellen
39. Mehr Tempo bei der Wiederherstellung des Stadtkanals
40. Wohnblock „Staudenhof“ erhalten / sanieren

Diese 40 Vorschläge werden vom 22. August bis 13. November 2022 zur Votierung im Rahmen des Potsdamer Bürgerhaushalts 2023/24 gestellt. Im Ergebnis wird daraus die „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ ermittelt, die Anfang Dezember 2022 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschluss mit dem Stadthaushalt übergeben wird.

1. Übernachtungssteuer erhöhen und ausweiten

Die Übernachtungssteuer (Bettensteuer) der Landeshauptstadt Potsdam wird erhöht, auf hier gemeldete und mehrtägig vermietete Charterboote sowie anlegende Flußkreuzfahrtschiffe angewendet und in Zukunft auch bei Geschäftsreisenden erhoben, wenn das rechtlich zulässig ist.

Zusammengefasst vom Redaktionsteam, Originalvorschläge:

319. Bettensteuer ausweiten (auch auf Geschäftsreisende)

In Potsdam gibt es seit fast 10 Jahren die Bettensteuer. Nach einem neuen Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Mai 2022 kann das auch zukünftig so bleiben. Das besondere für Potsdam: in ihrem Urteil verlangen die Karlsruher Richter nicht, dass unbedingt zwischen beruflich und privat Reisenden unterschieden wird, wie es bisher noch der Fall ist. Mein Vorschlag lautet daher, dass in Zukunft auch alle geschäftlichen Übernachtungsgäste in Potsdam diesen Aufschlag zahlen müssen?

427. Übernachtungssteuer auch im Wassertourismus anwenden

Im Potsdamer Hafen liegen oftmals große Flusskreuzfahrtschiffe. Diese sollten auch beim Erheben der Übernachtungssteuer bedacht und aktiv einbezogen werden. Falls dies bereits geschieht, könnte über eine Erhöhung nachgedacht werden. Dies betrifft im Übrigen auch Charterboote, die in Potsdam angemietet werden.

392. Touristensteuer hoch

Potsdam lebt vom Tourismus. Die Menschen, die die Stadt besuchen, können auch dazu beitragen, dass sie erhalten und gepflegt wird. Ich denke, dazu sind sie auch bereit?

2. Keine finanzielle Beteiligung am Aufwand der Schlösserstiftung (Parkeinritt)

Die Landeshauptstadt Potsdam reduziert ihre finanzielle Beteiligung am Pflegeaufwand der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg oder schafft den Finanzzuschuss ab dem nächst möglichen Zeitpunkt ganz ab.

Zusammengefasst vom Redaktionsteam, Originalvorschläge:

436. Parkeinritt Park Sanssouci

Der bisherige freiwillige Parkeinritt sollte in verpflichtendem Eintritt umgesetzt werden. Für Anwohner bzw. Bewohner von Potsdam sollte es eine kostengünstige Jahreskarte geben.

430. Park Sanssouci mit 1€-Eintritt für Touristen (ähnlich "Kurtaxe")

Damit Potsdam steigende Ausgaben finanzieren kann, sollten folgende Einnahmen erhöht werden: Die Stadt sollte nicht länger auf die Einnahmen verzichten, die mit einem geringen Eintritt von nur 1 Euro pro Tourist erzielt werden könnten.

425. Zuschuss an Schlösserstiftung reduzieren

Die Stadt Potsdam sollte den Pflege-Zuschuss an die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten von jährlich 1 Mio. Euro reduzieren oder ganz abschaffen. Damit könnte ggf. ein Parkeinritt durch die Schlösserstiftung eingeführt werden, der insbesondere von Touristen gezahlt wird. Die Stadt sollte sich in diesem Fall aber dafür einsetzen, dass ihre Einwohner einen ermäßigten Preis erhalten.

21. Tourismusabgabe als Eintritt in die Potsdamer Parks

Damit Potsdam steigende Ausgaben finanzieren kann, sollten folgende Einnahmen erhöht werden: Erhebung einer Tourismusabgabe in Form eines Eintritts in die Potsdamer Parks.

173. Parkeinritt für alle Parks

Damit Potsdam steigende Ausgaben finanzieren kann, sollten folgende Einnahmen erhöht werden: Der Parkeinritt sollte für alle Parks genommen werden. Die Eintritte sollten je nach Park auch erhöht werden. Bugapark 3 Euro. Sanssouci oder Neues Palais 5 Euro. Kinder bis 12 Umsonst. Zwischen 12 und 18 die Hälfte des normalen Eintritts. Anwohner bekommen Jahreskarten zu ermäßigten Preisen.

140. Parkgebühren für Touristen

Potsdam hat jährlich eine hohe Zahl an Touristen. Für diese sollte der Parkeintritt kostenpflichtig werden. 2Euro/Person wäre hier machbar.

535. Eintritt für den Park von Sanssouci

Für den Park von Sanssouci sollte Eintritt gefordert werden. Wenn jeder Besucher nur 1 Euro Eintritt zahlt, hätte man jährlich Millionen zur Unterhaltung und Sanierung. Damit werden städtische Mittel frei für andere Projekte. Früher gab es "Parkwächter", die bräuchte man heute auch.

77. Beteiligung der Stadt an den Kosten der Parks der Schlösserstiftung

Es sollte für den Park Sanssouci Eintritt erhoben werden. Für die Einwohner der Stadt Potsdam sollte es preiswerte Jahreskarten geben.

124. Parkeintritt für Gäste/Touristen

Ich bin dafür, dass im Park Sanssouci Eintritt verlangt wird. Das ist in allen anderen Kulturparks Europas und der Welt nicht anders. Die Stadt sollte ihre Jahreszahlung an die Stiftung einstellen und damit dafür sorgen, dass der Parkeintritt wieder auf die Tagesordnung kommt.

3. Moderate Erhöhung der Einnahmen aus Anwohnerparkausweisen

Die Landeshauptstadt Potsdam erhöht die Jahresbeträge für Anwohnerparkausweise moderat.

Originalvorschlag: 422. Kosten für Anwohnerparkausweise erhöhen

Der Jahresbetrag für Anwohnerparkausweise sollte moderat erhöht werden. Auch wenn mit diesen Abgaben primär eine Steuerungsfunktion verfolgt wird, kann so ein Beitrag zum Haushaltsausgleich der Stadt geschaffen werden.

4. Erhöhung der Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung

Die Landeshauptstadt Potsdam erhöht die Parkgebühren und weitet zudem die Parkraumbewirtschaftung aus, u.a. in der Innenstadt sowie der Jägervorstadt.

Zusammengefasst vom Redaktionsteam, Originalvorschläge:

163. Parkraumbewirtschaftung massiv ausweiten

Die Stadt könnte folgende Einnahmequelle erhöhen: Parkraumbewirtschaftung massiv ausweiten

142. Parkflächen verteuern

Damit Potsdam steigende Ausgaben finanzieren kann, sollten folgende Einnahmen erhöht werden: Erhöhung der Parkgebühren in der Innenstadt

197. Parkgebühren deutlich erhöhen

In der Innenstadt sollten die Parkgebühren deutlich teurer werden.

284. Parkraumbewirtschaftung ausweiten (mit Kurzparken)

Die Parkraumbewirtschaftung in Potsdam könnte ausgeweitet werden, zum Beispiel in der Friedrich-List- oder auch in der Schlegelstraße. Dabei sollte es aber auch die Möglichkeit des Kurzparkens geben.

5. Höhere Gebühren für Nutzung des Straßenlandes: Film, Gastro, Werbung

Die Landeshauptstadt Potsdam erhöht die Gebühren für die Nutzung des öffentlichen Straßenlandes bei Filmarbeiten, gewerblichen Info-Ständen oder Feste und für die Nutzung durch Cafés und Restaurants.

Originalvorschlag: 400. Höhere Gebühren für Nutzung des Straßenlandes

Straßen werden nicht nur von Autos genutzt. Auch Gastronomie, Filmteams oder Werbestände stehen dort. Die Brandenburger Straße beispielsweise wird immer voller mit Gastro-Tischen. Die Stadt sollte hiergegen etwas unternehmen, denn gerade in der Innenstadt empfinde ich das als sehr störend. Ich glaube auch, viele Gastronomen nutzen mehr Platz, als ihnen zu steht. Bei Info- und Werbe-Ständen und Filmarbeiten, finde ich, sollte die Stadt die Gebühren spürbar erhöhen. Erstens, damit das nicht weiter überhand nimmt und zweitens, damit sich die Beliebtheit unserer Stadt auch in der Kasse widerspiegelt...

6. Energie-Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung

Die Landeshauptstadt Potsdam reduziert die Straßenbeleuchtung durch ein späteres Ein- und früheres Ausschalten der Beleuchtungszeit. Zudem sind bei der Ausstattung neuer Anlagen spezielle Sensoren zu verwenden, die auf Bewegung reagieren und das Licht heller werden lassen, wenn sich in diesem Abschnitt jemand befindet.

Originalvorschlag: 317. Sparen bei der Straßenbeleuchtung

Angesichts drastisch gestiegener Energiekosten planen erste Städte weitere Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung. Andere Kommunen prüfen einen solchen Schritt gerade. Die Stadt Weimar bspw. wird die Dauer ihrer Straßenbeleuchtung ab dem 1. Juni reduzieren: Die Straßenlaternen werden künftig in der Sommerzeit 30 Minuten später ein- und 30 Minuten früher ausgeschaltet. In den Wintermonaten wird die ursprüngliche Beleuchtungszeit um jeweils 10 Minuten reduziert, wie die Stadt mitteilte. In Darmstadt wurden ein Radweg in der Stadt und auch eine bereits fertiggestellte Teilstrecke des Radschnellwegs Frankfurt - Darmstadt mit speziellen Sensoren ausgestattet: Die Lampen reagieren auf Bewegung und werden heller, wenn ein Radfahrer oder Fußgänger vorbeikommt und dunkeln danach wieder ab. Alles gute Ideen auch für Potsdam, die nicht nur den Haushalt, sondern auch das Klima schonen.

Ergänzung durch das Projekt-/Redaktionsteam am 24.5.2022: Der Vorschlag zur Ausstattung der Laternen mit Sensoren könnte im Rahmen der ggf. schon geplanten LED-Modernisierung der Laternen eingeplant bzw. realisiert werden.

7. Gewinnausschüttung der Potsdamer Stadtwerke

Die Stadtwerke Potsdam tragen zukünftig mit Gewinnausschüttungen zur Haushaltssicherung der Landeshauptstadt Potsdam bei.

Zusammengefasst vom Redaktionsteam, Originalvorschläge:

21. Gewinnausschüttung der Stadtwerke

Die Stadtwerke können mit Gewinnausschüttungen zur Haushaltssicherung beitragen. Solange Potsdams Stadtwerke in der Lage sind, ein großes eintrittsfreies Stadtwerkefest zu finanzieren können, sollten sie sich auch bei der Finanzierung steigender Ausgaben und dem Ausgleich sinkender Einnahmen der Stadt beteiligen.

335. Stadtwerkefest kostenpflichtig

Das Stadtwerkefest sollte kostenpflichtig werden, damit keine Zuschüsse von den Stadtwerken gezahlt werden müssen. Das Fest wird über die Stadtwerkedkunden hinaus genutzt, daher sollten diese an den Kosten beteiligt werden. Die eingesparten Kosten könnten an die Stadt ausgeschüttet werden.

8. Effiziente Geschäftsprozesse in der Stadtverwaltung

Die Landeshauptstadt Potsdam führt eine Überprüfung der Effizienz ihrer Arbeits- und Geschäftsprozesse durch (Aufgabenkritik). Dabei erfolgt eine kritische Überprüfung der öffentlichen Verwaltung und der von ihr wahrgenommenen Aufgaben. So soll geklärt werden, was notwendig, wirtschaftlich effizient und effektiv ist.

Zusammengefasst vom Redaktionsteam, Originalvorschläge:

394. Effektive Geschäftsprozesse

Die Stadt sollte das vorhandene Geld effektiver einsetzen? Mal die Geschäftsprozesse der ganzen Stadtverwaltung unter die Lupe nehmen und Grauzonen herausfiltern und beseitigen! Und im besten Fall durch Digitalisierung optimieren.

378. Betriebsprüfung im Rathaus

Damit Potsdam steigende Ausgaben finanzieren kann, sollten folgende Aufgaben wirtschaftlicher erfüllt werden: Bei uns im Unternehmen wurde diese Form der Prüfung von Arbeitsweisen und Abläufen unter dem Stichwort „Aufgabenkritik“ etwas romantisiert, aber es hat meistens gezeigt, dass vieles noch besser geht. Fürs Rathaus fallen mir da doppelte Arbeitsabläufe, fehlende Digitalisierung oder auch veraltete Strukturen ein. Ziel dieses Vorschlags ist die kritische Überprüfung der öffentlichen Verwaltung und der von ihr wahrgenommenen Aufgaben. Dabei soll von externen Experten die Frage gestellt werden, ob und was notwendig, wirtschaftlich effizient und effektiv ist. Gerne auch in Ergänzung eines Bürgerrats.

9. Kein Ausbau des Stadtkanals zwischen Kellertor und Berliner Straße

Die Landeshauptstadt Potsdam stellt keine finanziellen Mittel für die Wiederherstellung des ehemaligen Stadtkanals zwischen Berliner Straße und Kellertor bereit.

Originalvorschläge:

135. Am Kanal keinen Kanal bauen!

Die Anwohner der Straße "Am Kanal" möchten zwischen der Ecke Berliner Str. und Kellertor den zugeschütteten Kanal nicht wiederhergestellt haben.

Vorschlag durch das Redaktionsteam geteilt - Teil 2 lautete:

Dieser Wunsch kommt nur von Immobilienbesitzern, die den Marktpreis ihrer Häuser und Grundstücke in die Höhe treiben wollen. 1. Ausheben des Kanals ist eine reine Geldverschwendung 2. Eine Wiederherstellung hat zur Folge, dass die Wohnungsmieten für uns Potsdamer unbezahlbar werden. 3. Die ruhige Nebenstraße von Ecke Berliner Str. bis Kellertor soll so ruhig bleiben wie sie jetzt ist. Wir brauchen hier keine biertrinkenden Jugendlichen wie an der Yorkstraße. 4. Die von diesen kleinen Vereinen geplanten jahrelangen Baustellen brauch und will hier auch keiner. Was wir uns wünschen: Wir möchten weiterhin unsere Anwohnerparkplätze, insbesondere für unseren älteren Einwohner und berufstätigen und auch ganz wichtig die großen schönen Bäume behalten. Normal anständige Mieten zahlen. Gerne wünschen wir uns, dass Haushaltsgeld für weitere Bäume auszugeben. Der Spielplatz in der Nähe vom Kindergarten, auf Höhe des Hauses Am Kanal Nr. 4 darf auch gerne erweitert und vergrößert werden. Wir möchten kein Grün verlieren und auch nicht gegen Betonwände und Wasser eintauschen. Denn die Havel bietet uns genügend davon.

10. Kein Stadtgeld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche

Aus dem Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam fließt kein Geld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche.

Zusammengefasst vom Redaktionsteam, Originalvorschläge:

47. Kein Geld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche

Die Stadt Potsdam soll und darf kein weiteres Geld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche ausgeben. Die Millionen die dort versenkt werden egal ob das gespendete Geld oder die Steuergelder die verwendet wurden, wären an anderer Stelle besser angelegt gewesen. Von den geschichtlichen Hintergründen zu dieser Kirche abgesehen, so passt sich der Bau heute nicht mehr in das Stadtbild von Potsdam ein.

431. Finanzierung Garnisonkirche

(Endlich) kein öffentliches Geld für die Garnisonkirche - auch nicht für die Weiterführung der Debatte darüber. Personen, die bisher mit der fragwürdigen Finanzierung in Verbindung stehen, sollten zudem mit Eigenkapital dafür gerade stehen müssen.

184. Garnisionskirchenbau einsparen

Damit Potsdam steigende Ausgaben finanzieren kann, sollten folgende Aufgaben nicht mehr erfüllt oder eingeschränkt werden: Garnisionskirchenbau

56. Historische Sanierungen/Kulturbauten stoppen

Damit Potsdam steigende Ausgaben finanzieren kann, sollten folgende Aufgaben nicht mehr erfüllt oder eingeschränkt werden: Die Ausgaben für Wiederaufbau historischer Gebäude sollten minimiert werden.

11. Bürgerabstimmung zum Areal an der neuen Garnisonkirche

Die Stadt Potsdam führt eine öffentliche Bürgerabstimmung zur Zukunft des Areals rund um die Plantage, Garnisonkirche und Rechenzentrum durch. Grundlage dafür können die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur Gestaltung des Standorts sein.

Originalvorschlag: 479. Bürgerabstimmung zum Areal an der neuen Garnisonkirche

Die Stadt Potsdam führt eine öffentliche Bürgerabstimmung durch zur Zukunft des Areals rund um die Plantage. Die Frage, was hinter dem Turm der neu gebauten Garnisonkirche und neben dem (sanierten?) Rechenzentrum passiert, ob dort ein neuer Plenarsaal bzw. ein öffentliches Zentrum der Demokratie, ein Nachbau des Barockkirchensaals entsteht oder bewusst auch eine Leerstelle bleibt, bewegt viele Menschen in unserer Stadt. Die Ergebnisse der bereits beschlossenen Machbarkeitsstudie dazu sollten Grundlage für die Abstimmung sein.

12. Einrichtung einer Stabsstelle für Klimaschutz und Energiesicherheit

Die Landeshauptstadt Potsdam richtet zur Planung, Koordinierung, Umsetzung und zum Monitoring für Klimaschutz und Energiesicherheit unverzüglich eine mit diesen Aufgaben betraute Stabsstelle im Geschäftsfeld des Oberbürgermeisters ein. Das Amt wird mit hoher Autorität und ausreichend Personal ausgestattet, um schnell, übergreifend und effektiv zu agieren und eine echte Führungsrolle einzunehmen. Außerdem leistet die Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit, um dadurch das Verständnis, die Akzeptanz sowie eine breite Mitwirkung der Bevölkerung zu erreichen.

Originalvorschlag: 482. Einrichtung Stabsstelle für Klimaschutz, Energiesicherheit u. Lebensqualität

Als Klimamodellstadt im Klimanotstand ist Potsdam verpflichtet, eine Vorreiterposition auf dem Weg zur Klimaneutralität einzunehmen und damit unseren Teil zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens beizutragen. Die aktuellen Maßnahmen sind aber bundesweit und auch in Potsdam völlig unzureichend, um dieses Ziel zu erreichen. Darüber hinaus bringt der Krieg in der Ukraine eine neue Sorge um die Energieversorgung, mit der Konsequenz steigender Preise, die auch viele Potsdamer:innen stark trifft. Ein beschleunigter Umstieg auf preisstabile, erneuerbare Energiequellen ist auch hier die einzige Lösung. Klar ist: Für diese für alle Bürger:innen wichtige Transformation sind umfassende Maßnahmen mit einem strengen Monitoring nötig - wofür es in der Stadtverwaltung aktuell aber nicht ausreichend Stellen der erforderlichen Kompetenz und Autorität gibt. Am 4. Mai 2022 haben sich die Stadtverordneten zur Treibhausgasneutralität 2035 bekannt - diesem Bekenntnis muss jetzt konkretes und konsequentes Handeln folgen. Wir fordern, dass zur Planung, Koordinierung, Umsetzung und zum Monitoring dieser Aufgaben unverzüglich eine Stabsstelle für Klimaschutz, Energiesicherheit und Lebensqualität eingerichtet wird, die direkt an die politische Führung anzubinden ist und nicht, wie aktuell, in einem Fachamt. Das Amt muss mit hoher Autorität und ausreichend Stellen ausgestattet sein, um schnell, sektorübergreifend und effektiv agieren zu können: Es muss eine echte Führungsrolle einnehmen. Außerdem muss es eine gute Öffentlichkeitsarbeit leisten, um durch Transparenz das Verständnis, die Akzeptanz und die Mitwirkung der Bevölkerung zu erreichen. Ein gutes Beispiel hierfür ist Wien, wo die die Bürger:innen über Newsletter und eine Website am Transformationsprozess teilhaben können. Für Potsdam liegt hierin auch die Chance, sich den Klimaschutz als neues zeitgemäßes Image auf die Fahne zu schreiben - was als Wissenschaftsstadt und Standort des PIK, des IASS, sowie mehrerer Windkraftunternehmen selbstverständlich sein sollte.

13. Energieleitplanung zur Heizenergie aus regenerativen Quellen

Für den Umstieg auf alternative, zukunftssichere Heizungen brauchen Hauseigentümer, Vermieter, Unternehmen verlässliche Aussagen, in welchen Quartieren die Stadt welche Energiequellen (Fern- und Nahwärmenetze, Geothermie, Blockheizkraftwerke, industrielle Abwärme, Abwasserwärme usw.) zukünftig zur Verfügung stellen kann. Dazu erarbeitet die Landeshauptstadt Potsdam eine Energieleitplanung. Darin wird für die einzelnen Quartiere der Stadt die zukünftige Wärmeversorgung auf Basis erneuerbarer Energien definiert.

Originalvorschlag: 489. Energieleitplanung (Heizenergie aus regenerativen Quellen)

Der Klimawandel erfordert, unsere CO₂-Emissionen auf Null zu bringen. Der Umstieg auf regenerative Stromerzeugung muss ergänzt werden durch eine Wärmewende, die auch die Heizenergie aus regenerativen Quellen gewinnt. Hier liegt das größte Einsparpotenzial für die Landeshauptstadt. Zudem führt uns der Ukrainekrieg die Notwendigkeit vor Augen, die Importe fossiler Energien rasch zu reduzieren. Die stark steigenden Energiepreise und die Sorge um die Versorgungssicherheit treiben Potsdams Bürgerinnen und Bürger um. Um den Umstieg auf alternative, zukunftssichere Heizungen planen zu können, brauchen Hauseigentümer, Vermieter, Unternehmen verlässliche Aussagen, in welchen Quartieren die Stadt welche Energiequellen (Fern- und Nahwärmenetze, Geothermie, Blockheizkraftwerke, industrielle Abwärme, Abwasserwärme usw.) zukünftig zur Verfügung stellen kann. Dazu plant die Landeshauptstadt Potsdam, eine Energieleitplanung zu erarbeiten. Ähnlich einem Flächennutzungsplan wird für die einzelnen Quartiere die zukünftige Wärmeversorgung auf Basis erneuerbarer Energien festgelegt. Bisher ist jedoch nichts passiert. EWP und Stadt schieben die Verantwortung hin und her. Mit der Aufnahme in den Bürgerhaushalt nehmen wir die Sache selbst in die Hand, um nicht noch mehr Zeit zu verlieren. (*Beispiel für die Energieleitplanung einer Großstadt: <https://www.stuttgart.de/leben/umwelt/energie/energieleitplanung-und-wae...>)*

14. Angebot des städtischen Klimafonds ausweiten

Die Landeshauptstadt Potsdam weitet den städtischen Klimafonds auf mindestens 100.000 Euro jährlich aus. Mit dem Programm werden die Anschaffung Lastenrädern und Solarmodulen (Balkonkraftwerken) oder auch die Reparatur von defekten Kühlschränken anteilig gefördert. Auch die Nutzung erneuerbarer Energien, eine Ausstattung geeigneter Dach- und Freiflächen mit Photovoltaik-Anlagen, die Begrünung von Fassaden sowie Sonderförderungen für Vereine zur Durchführung von sensibilisierenden und aktivierenden Klimaschutzveranstaltungen sind förderfähig.

Zusammengefasst vom Redaktionsteam, Originalvorschläge:

16. Balkonkraftwerke fördern

Der Ausbau von erneuerbaren Energien wird durch eine Förderung der Anschaffung und Installation eines Balkonkraftwerkes beschleunigt, da es dem Großteil der Bürger und vor allem einkommensschwachen Haushalten ermöglicht einen Teil ihrer Energieversorgung in die eigene Hand zu nehmen und somit Stromkosten zu sparen. Bereits ein Modul produziert jährlich durchschnittlich 200kwh und reduziert den Strombezug je nach Verbrauch um ca. 10-15%. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Strommix wird entsprechend erhöht. Balkonkraftwerke tragen zur Einsparung von CO₂ bei und leisten somit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Das Förderprogramm orientiert sich dabei an bestehenden Förderprogrammen anderer Städte, z.B. Braunschweig, Erlangen, Moers, Bremen, Stuttgart, Hamm, Freiburg. Ein Balkonkraftwerk kostet mit Aufhängungssystem ca. 800Euro. Bei einem jährlichen Ertrag von 200kwh ergibt sich mit einem kwh Preis von 33ct ein jährlicher Kosteneinsparung von 66Euro. Die Amortisationsdauer beträgt somit 12 Jahre. Das Förderprogramm sollte 30% der Anschaffungskosten decken, um die Amortisationszeit auf 8 Jahre zu reduzieren und eine Anreizwirkung zu schaffen.

6. Städtischen Klimafonds erhöhen

Ende April habe ich auf der Website der Stadtverwaltung gelesen, dass es einen städtischen Klimafond gibt (<https://www.potsdam.de/180-erfolgreiche-bilanz-des-staedtischen-klimafonds>). Das freut mich sehr! Leider kam ich dafür zu spät, denn in dem Beitrag stand aber auch, dass von März bis April bereits viele Anträge eingegangen waren und damit das Budget in Höhe von 50.000 Euro schon ausgeschöpft sei. Wenn die Nachfrage so groß ist, plädiere ich dafür, diesen kommunalen Fördertopf zu erweitern, mindestens auf 100.000 Euro zu erhöhen, um der Nachfrage zu entsprechen. Das Förderprogramm gibt es seit März 2022. Eine Besonderheit des Förderprogramms ist, dass es innerhalb des bestehenden rechtlichen Rahmens relativ

unkompliziert, logisch, kundenorientiert und verwaltungsvereinfachend ausgestaltet ist. Es handelt sich also um ein Förderprogramm, das zum Mitmachen anregt. Alle Infos sowie Fördermittelanträge zum Förderprogramm: <https://www.potsdam.de/content/foerderrichtlinie-unterstuetzt-gezieltes-...> Das Förderpaket ist ein Angebot an alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt, weil hier die Bereiche Mobilität, Konsum, Sanieren und Bauen, Erneuerbare Energien, Klimafolgenanpassung und Biodiversität gleichermaßen berücksichtigt sind. Hierfür stehen zunächst 5 000 Euro zur Verfügung. So wird zum Beispiel die Anschaffung eines E-Lastenrades mit bis zu 1.000 Euro unterstützt - wenn für die Aufladung der Akkus des Rades 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien mit einem anerkannten Ökostrom-Label wie "OK-Power", "EKOenergie", "Grüner Strom"-Label der Umwelt- oder Verbraucherverbände oder "TÜV-Zertifikat" oder aus "Eigenproduktion" zur Ladung zuhause verwendet wird. Unterstützung von bis zu 200 Euro gibt es auch für Menschen, die ihren defekten Kühlschrank reparieren lassen, statt einen neuen zu kaufen. Oft sind dies nur kleine finanzielle Hilfen für die Bürger. Die sind jedoch relativ unkompliziert zu beantragen und sollen auch ein Anreiz sein, sich mit dem Thema Klimaschutz und der Schonung von Ressourcen zu befassen. Die Sanierung von Gebäuden, Nutzung erneuerbarer Energien, Fassadenbegrünung oder Gartengestaltung sowie Sonderförderungen für Vereine zur Durchführung von sensibilisierenden und aktivierenden Klimaschutzveranstaltungen sind ebenfalls förderfähig.

25. Bürgerfonds: Öffentliche Flächen und Gebäude mit Photovoltaik ausstatten

Zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Strom-Mix sollten geeignete Dach- und Freiflächen mit Photovoltaik-Anlagen ausgestattet werden. Ich schlage vor, dass die Stadt Potsdam ein geeignetes Finanzinstrument wie beispielsweise eine Anleihe oder einen Fonds nutzt, damit Bürgerinnen und Bürger die Energiewende vor Ort unterstützen können. Diese Maßnahme wäre neutral für den Haushalt der Stadt, Risiken und mögliche Erträge wären gleichmäßig verteilt.

15. Gemeinsame Baumpflege mit der Bürgerschaft

Um Potsdams Baumbestand zu sichern und vor Trockenschäden zu schützen, wird bürgerschaftliches Engagement dazu gefördert. Dazu werden Wasser-Gutscheine und Paten-Plaketten eingesetzt. Begleitend werden Grundwasserpumpen aktiviert und stadtweit mehr Bewässerungsbeutel eingesetzt. Auch wird ein öffentlicher Bewässerungsplan ausgearbeitet, der es allen ermöglicht sich zu beteiligen: An den Bäumen werden Hinweisschilder angebracht, die konkrete Auskunft zum Bewässerungsstand geben.

Zusammengefasst vom Redaktionsteam, Originalvorschläge:

329. Baumpflege mit Bürgern / Wasserbrunnen

Um den aktuellen Baumbestand zu sichern und insbesondere vor Trockenschäden zu schützen, sollte bürgerliches Engagement mehr gefördert bzw. mehr wertgeschätzt werden. Umsetzungsbeispiel: BürgerInnen, die sich ein Jahr lang um die regelmäßige Bewässerung eines Straßenbaumes kümmern, könnten bspw. einen "Trinkwasser"-Gutschein der EWP (20 Euro p.a.) erhalten. Auch eine Paten-Plakette oder ein Schildchen, die dieses ehrenamtliche Engagement für den Erhalt Potsdamer Bäume würdigt, wären denkbar. Für die Bewässerung und Pflege von Bäumen und öffentlichen Grünanlagen sollten in den Potsdamer Stadtteilen wieder Grundwasserpumpen (wie es sie auch am Wochenmarkt am Bassinplatz gibt) aufgestellt werden. Freiwillige könnten dort Wasser zum Gießen "ziehen". Zudem würden mehr Bewässerungsbeutel für Bäume in der ganzen Stadt helfen. Ziel: Ausgaben für Baumbewässerung bzw. für Neupflanzungen aufgrund von Trockenschäden verringern.

69. Wir schützen unsere Bäume!

Die Trockenheit macht unserer Natur und den Bäumen zu schaffen. Wäre es sinnvoll, die BürgerInnen beim Bewässern der Bäume zu beteiligen? Mit finanziellen Mitteln könnte mit ExpertInnen ein konkreter Bewässerungsplan ausgearbeitet werden, der es allen möglich macht, sich am Erhalt unserer schönen Natur zu beteiligen. Auf den zu schützenden Bäumen könnte ein Hinweisschild angebracht werden, das Auskunft gibt: 1. Wie viel Wasser braucht der Baum in der Woche? 2. Wer hat bereits wie viel gegossen? Dieser Plan ließe sich auch klein beginnen und Jahr für Jahr auf immer mehr Bäume ausweiten. Und das Projekt könnte Natur- und Umweltschutz mit starkem Engagement in der Nachbarschaft sinnvoll miteinander verbinden.

16. Dialog mit Schlösserstiftung: Babelsberger Park auch für Naherholung

Die Stadt Potsdam wirkt im Dialog mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten darauf hin, dass im Park Babelsberg Flächen von den Anwohnerinnen und Anwohnern zur Naherholung genutzt werden dürfen. Hierbei können konkrete Angebote unterbreitet werden, bspw. bei der Reinigung oder Grünpflege der Parks unterstützen.

Zusammengefasst vom Redaktionsteam, Originalvorschläge:

419. Babelsberger Park auch für Naherholung

Die Stadt Potsdam soll in Verhandlungen mit der Schlösserstiftung darauf hinwirken, dass im Park Babelsberg auch Flächen von den Anwohnerinnen und Anwohnern zur Naherholung genutzt werden dürfen. Hierbei könnte die Stadt konkrete Angebote unterbreiten, bspw. bei der Reinigung oder Grünpflege der Parks unterstützen. Das Areal ist für viele Babelsbergerinnen und Babelsberger ein sehr wichtiger Ort der Freizeit und Erholung, von denen es auf dieser Seite der Havel kaum andere gibt.

65. Dialog mit Schlösserstiftung zur Erhaltung der Nutzbarkeit der Parkanlagen durch Bürger

Die Stadtverwaltung nimmt Gespräche mit der Schlösserstiftung auf, um die Nutzbarkeit der Parkanlagen dauerhaft auch für Potsdamer Bürger zu sichern. Zunehmende Einzäunungen und vermehrte Kontrollen verstärken den Eindruck, dass die Parkanlagen nurmehr für touristische Zwecke bzw. zur Erhaltung des Weltkulturerbes dienen sollen. Beispielsweise tragen jedoch zu kleine und unzweckmäßige Mülleimer in den Parkanlagen zum oft aufgeführten Müllproblem bei. Ein Dialog soll für die ebenso berechtigten Bürgerinteressen der Potsdamer sensibilisieren und einen Interessenausgleich ermöglichen.

17. Erhalt und Schutz von Kleingärten in Potsdam

Potsdam setzt sich dafür ein, dass Kleingartenanlagen erhalten bleiben. Zur Sicherung vorhandener Flächen werden keine städtischen Grundstücke mit Kleingärten veräußert oder für andere Zwecke bebaut.

Originalvorschlag: 71. Erhalt Kleingärtenanlagen

Potsdam sollte sich dafür einsetzen, dass Kleingartenanlagen erhalten bleiben. Klar sind neue Wohnungen auch wichtig, aber Erholungs- und Flächen zum Anbau von Obst und Gemüse sollten auch zukünftig in Potsdam zu finden sein. Die Flächennutzungs- und B-Pläne sollten das berücksichtigen und nicht erst „korrigiert“ werden, wenn Bauherren ihre Vorhaben anmelden. Vielleicht ließen sich auch größere Flächen für den gemeinsamen Gemüseanbau und Kooperationspartner finden, die hier Anleitung geben, zB für Schulklassen? Zur Sicherung vorhandener Kleingartenflächen werden städtische Grundstücke mit Kleingärten nicht veräußert oder umgenutzt.

18. Erbbaurecht vor Verkauf von städtischen Grundstücken und Gebäuden

Die Landeshauptstadt Potsdam und ihre Treuhänder verstehen sich als ausschließlich Gemeinwohl orientierter Eigentümer von Grundstücken und Gebäuden. In der Vergabep Praxis gilt: Erbbaurecht vor Verkauf. Ein Erbbauzins wird nach gemeinwohlorientiertem Maßstab erhoben. Grundstücke werden nur im absoluten Ausnahmefall verkauft.

Originalvorschlag: 428. Erbbaurecht vor Verkauf

Die Stadt Potsdam und ihre Treuhänder verstehen sich als ausschließlich gemeinwohl orientierter Eigentümer von Grundstücken und Gebäuden. In der Vergabep Praxis gilt: Erbaurecht vor Verkauf. Ein Erbbauzins wird nach gemeinwohlorientiertem Maßstab erhoben. Grundstücke werden nur im absoluten Ausnahmefall verkauft.

Begründung: Erbbaurecht vor Verkauf ist eine alte Forderung, die bis in 1920ziger Jahre zurück reicht. Jene Städte, die dies als Leitlinie über Jahrzehnte hatten und davon nicht abgewichen sind, haben einerseits bis heute stabil einen masstabgebenden und entscheidenden Einfluss auf den Grundstücksmarkt ihres Gemeinwesens und andererseits ein entspanntes Mietniveau. Vorderstes Beispiel ist die Stadt Wien. Auch Potsdam hält einen wichtigen Grundstücksbestand. Leider aber muss man sagen, dass sich dennoch die Stadt Potsdam aus haushaltstechnischen Gründen in der jüngsten Vergangenheit unrühmlich an der

Grundstücksspekulation durch Veräußerung von Grundstücken beteiligt hat. Dies sollte ein Ende haben. Es findet sonst ein weiteres Anheizen des Grundstücksmarkt durch die öffentliche Hand statt, was letztlich auf die Mieten in der ganzen Stadt durchschlägt und private Grundstücksspekulanten anlockt. Erbbaurecht ist dann aber kein Gewinn, wenn der Erbbauzins zu hoch angesetzt wird, um langfristig auf anderem Wege Gewinne einstreichen zu können. Darum muss sich die Höhe des Erbbauzins am Gemeinwohl orientieren, dem sich die Gemeinde verpflichtet fühlt. Was an anderer Stelle ethisches Investment heißt muss auch für die Stadt gelten. Die Stadt muss ihre Verantwortung und soziale Kompetenz wahrnehmen. Die Stadt muss langfristig Verfügungsgewalt über den Grund und Boden behalten. Aktuell stehen einige Bebauungspläne an. Auch die öffentlichen, genossenschaftlichen und privaten Investoren benötigen eine kalkulierbare und rechtlich stabile Grundlage für den Boden auf dem sie investieren, um zu für die Bevölkerung tragbaren Preisen im Wohn- und Gesellschaftsbau tätig werden zu können

19. Spürbare Verbesserungen im Bürgerservice der Stadtverwaltung

Potsdam leitet kurz und mittelfristig Maßnahmen ein, um den Bürgerservice nachhaltig zu verbessern. Ziel ist es, dringende Ausweisangelegenheiten, wie Personalausweise, Pässe, Fahrerlaubnisse und KFZ-Dokumente in maximal vier Wochen erledigen zu können. Neben online oder telefonischer Terminvergabe werden auch realistische Spontantermine vor Ort ermöglicht. Daneben werden zeitnah zusätzliche digitale Angebote bereitgestellt.

Zusammengefasst vom Redaktionsteam, Originalvorschläge:

490. Ein Bürger-SERVICE, der diesen Namen verdient

Es ist mir ein dringendes Anliegen, dass Potsdams Bürgerservice diesen Namen wieder verdient. Aktuell ist dies leider in keinster Weise der Fall: Es gibt lange Wartelisten, keine Termine, wenig Personal, kaum nutzenswerte digitale Angebote. Meine Forderung lautet daher: Es werden kurz und mittelfristig technische sowie personelle Maßnahmen eingeleitet, um diese pflichtige Verwaltungsaufgabe nachhaltig zu verbessern. Die Menschen in der Stadt können sich ja schließlich einfach einen andere Dienstleister dafür suchen... Ziel sollte sein, dringende Ausweisangelegenheiten, darunter auch Personalausweise, Pässe, Fahrerlaubnisse und KFZ-Dokumente, wieder in kürzester Zeit (max. vier Wochen) erledigen zu können. Im übrigen gilt das auch für das Standesamt. Neben web- oder telefonischer Terminvergabe sollten auch realistische Spontantermine möglich sein. Zudem müssen zusätzliche digitale Angebote zeitnah bereit gestellt werden: Antragstellung, Datenupload/Nachweis, etc... Auch sollte es zukünftig wieder mobile Angebote in den Stadt- und Ortsteilen geben.

162. Terminvergabe/Öffnungszeiten Bürgerservice

Bürgerservice: Die Terminvergabe ist definitiv kein Service, von Bürgerfreundlichkeit ganz zu schweigen. Bitte wieder normal Öffnungszeiten einführen.

112. Potsdams Bürgerservice ist eine Katastrophe

Ich bin vor kurzem nach Potsdam gezogen. Nun möchte ich mein Auto für einen Anwohnerparkplatz anmelden. Leider gelingt mir das seit Monaten nicht. Ich kann mich auch nicht werktags beim Rathaus anstellen und drei Stunden auf einen Termin warten. Online gibt es in näherer Zukunft keine Termine. Nun muss ich täglich viel Geld in den Automaten stecken, um keinen Strafzettel zu bekommen. Dringende Abhilfe ist hier nötig, denn der Bürgerservice verdient diesen Namen aktuell leider nicht. Von den angekündigten Verbesserungen ist derzeit leider noch nichts zu spüren.

255. Prozesse bei Bürgerservice und Verwaltung effektiver

Ich kann es nur von außen einschätzen als Betroffene, aber der Bürgerservice im Rathaus ist eine echte Enttäuschung: die Online-Terminvergabe funktioniert sehr oft nicht, die Wartezeiten sind viel zu lang, die Mitarbeitenden an der Hotline patzig und abschreckend? Ich nehme an, hier gibt es noch Effizienzpotential, ebenso wie in der gesamten Stadtverwaltung, die einen extrem schlechten Ruf hat.

349. Verbesserung des Bürgerservice

Ich bin für eine spürbare Verbesserung des Bürgerservice, inkl. Terminvergabe. Grund: Die Beantragung eines Führerscheins bzw. Termins dauert Monate. Schlimmer noch: Nach einem Umzug bekomme ich weder einen Online-Termin, noch einen direkt vor Ort. Deshalb empfinde ich die derzeitigen Meldungen über Verbesserungen als ?Fake News? des OBM. Da dieser Zustand schon Jahre andauert, ist eine ?Chefsache? eine Zumutung für den Bürger. Es sollte auch an Potsdam Bürger gedacht und deren Belange bearbeitet

werden. Die Einkünfte des OBM und seiner Dezernenten sollte gekürzt werden bzw. nach Leistungsprinzipien gestaltet werden?

20. Nachbarschaftshäuser stärker fördern

Die Förderung der Potsdamer Nachbarschafts-, Begegnungshäuser und Initiativen wird mit der städtischen Haushaltsplanung bedarfsgerecht angepasst, um die Aufgaben und nachhaltige Arbeit der Einrichtungen zu gewährleisten.

Originalvorschlag: 48. Nachbarschaftshäuser stärker fördern

*Förderung der Potsdamer Nachbarschafts- und Begegnungshäuser in der Haushaltsplanung bedarfsgerecht anpassen: Die Potsdamer Nachbarschafts- und Begegnungshäuser stehen größeren Herausforderungen in der Quartiersarbeit gegenüber. Die Tatsache begründet sich mit der stetigen Zunahme der Einwohner*innen, den in der Bebauung wachsenden Stadtteilen und nicht zuletzt in der inflationären Entwicklung und den damit steigenden Kosten. Die Entwicklung und Umsetzung von bedarfsgerechten Angeboten und Projekten aus der Lebenswelt der Menschen heraus ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit. Die letzten Jahre haben aufgezeigt, welche wertvolle und unterstützende Funktion die Häuser in den jeweiligen Quartieren einnehmen. Im Jahr 2015 die Flüchtlingskrise, eine dreijährige, unberechenbare Pandemie und aktuell die Fluchtbewegung aus der Ukraine. Die Häuser haben in diesen Krisen nicht nur Gemeinschaft gefördert. Netzwerken, kulturelle Teilhabe, die Schaffung von individuellen Beratungsangeboten.. Sie waren und sind Multiplikatoren, Anlaufpunkte, Vermittler, Netzwerker, Projektentwickler, welche eine elementare Arbeit zur Förderung von Chancengleichheit und Teilhabe in allen Formen leisten. Eine bedarfsgerechte Anpassung der Haushaltsmittel ist notwendig, um die wichtigen Aufgaben und die nachhaltige Arbeit der Häuser gewährleisten zu können.*

21. Freiwillige Feuerwehren finanziell unterstützen

Potsdams freiwillige Feuerwehren erhalten jährlich eine Zuwendung in Höhe von zusätzlich 50 Euro pro aktivem Mitglied. Diese Mittel können zur Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden, um weitere Mitglieder zu gewinnen und neue Materialien anzuschaffen. Darüber hinaus erhalten die freiwilligen und Jugendfeuerwehren eine einmalige Förderung, um jährliche Ausbildungswochen, Schulungen und Übungen zu organisieren.

Zusammengefasst vom Redaktionsteam, Originalvorschläge:

171. Freiwillige Feuerwehren fördern

Ohne das ehrenamtliche Engagement von vielen freiwillig mitwirkenden Helferinnen und Helfern ist der Bevölkerungsschutz in Potsdam nicht denkbar. Mein Vorschlag: Ab 2023/24 erhalten die freiwilligen Feuerwehren jährlich eine Zuwendung in Höhe von zusätzlich 50 Euro pro aktivem Angehörigen. Diese Zuwendungen können den Feuerwehren zum Beispiel im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit einsetzen, um weitere Mitglieder zu gewinnen und neue Materialien anzuschaffen. Darüber hinaus erhalten die freiwilligen und Jugendfeuerwehren einmalige Fördermittel, um jährlich eine Ausbildungswoche oder ähnliches zu organisieren für spezielle Feuer- und Katastrophenschutzschulungen.

323. Mehr Geld für die freiwilligen Feuerwehren

Mehr Geld für die freiwilligen Feuerwehren in der Stadt. Das man auch mal größere Anschaffung machen kann oder mal weg fahren kann, was der eine oder andere sich nicht leisten kann...

22. Queer-Etat für Potsdam und Unterkunft für queere Geflüchtete

Die Landeshauptstadt Potsdam stellt einen „Queer-Etat“ in Höhe von 50.000 Euro pro Jahr bereit. Zudem wird ein runder Tisch für eine Bildungsoffensive zu Toleranz und Akzeptanz für Minderheiten ins Leben gerufen. Weiter erfolgt die Förderung/Einrichtung eines zentralen Heimes für geflüchtete LSBTTIQ*-Menschen (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, transsexuell, intersexuell und queer) in Potsdam.

Originalvorschlag: 170. Queer-Etat für Potsdam

Beim „Queensday“ taucht das Holländische Viertel alljährlich in Regenbogenfarben. Die Aktion ist Potsdams kleiner CSD. Dort wird Toleranz gelebt und für gleiche Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans, inter* und queeren Personen demonstriert und zugleich das Leben gefeiert. Diesmal wurde mehr öffentliches Geld für Vereine gefordert, die sich um sexuelle Aufklärung bemühen und für ein diskriminierungsfreies Miteinander einsetzen. Zudem sollte Potsdam einen „Queer-Etat“ in Höhe von 50.000 Euro schaffen und ein zentrales Heim für queere Geflüchtete schaffen. Ich finde, der Bürgerhaushalt ist eine gute Möglichkeit, diese Forderungen (<http://csd-potsdam.de/index.php/csd-demonstration>) nachhaltig zu unterstützen:*

- 1. Die Schaffung eines zentralen Heimes für geflüchtete LSBTTIQ* in der Landeshauptstadt Potsdam*
- 2. Die Schaffung eines Queer - Etats über den Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam von 50.000 Euro*
- 3. Eine queere Bildungsoffensive für potsdamer Bildungseinrichtungen*

Geflüchteten LSBTTIQ leben in brandenburger Heimen gefährlich, wenn sie als LSBTTIQ* erkennbar sind. Die Erfahrungen von Beratungsstellen zeigen, dass nur eine zentrale Unterbringungsmöglichkeit, spezialisiert für LSBTTIQ*, in der Landeshauptstadt Potsdam den Leidensdruck dieser Minderheit verringern kann. Eine kompetente Beratungsarbeit, insbesondere für schwule Jugendliche und trans* Personen, braucht stabile und wirksame Beratungs- und Selbsthilfestrukturen, sowie sie in der Landeshauptstadt Potsdam vorhanden sind. Wirksame und attraktive Aufklärung, Beratung und Prävention braucht Geld. Die Querschnittsaufgaben, die die Initiativen und Vereine im Sinne von LSBTTIQ* tragen, müssen kontinuierlich und ausreichend finanziell untermauert sein. Daran müssen sich alle Fachbereiche der Landeshauptstadt beteiligen. Beispielsweise braucht der Queensday, als Leuchtturmprojekt queerer Kultur und Sichtbarkeit, eine dauerhafte Förderung durch die Landeshauptstadt Potsdam.*

Potsdam ist eine wachsende Stadt. Kinder und Jugendliche brauchen, für ein diskriminierungs- und gewaltfreies Miteinander, Orientierung. Hierfür sind Bildungseinrichtungen mit den verschiedenen Unterrichtsformen der richtige Ort um den potsdamer Konsens von Toleranz und Akzeptanz für Minderheiten in der Stadtgesellschaft weiterzutragen. Wir fordern einen runden Tisch "Queere Bildungsoffensive Potsdam". Die Aufklärung von und für LSBTTIQ muss verbindlicher Bildungsplan sein.*

23. Einrichtung einer Anlaufstelle für Potsdamer Zeitzeugen

Die Landeshauptstadt schafft ein Angebot, das die Menschen in Potsdam mit ihren Lebensgeschichten und persönlichen Erfahrungen beteiligt und gerade gegenüber der älteren Generation Wertschätzung ausdrückt. Hierzu wird eine zentrale Anlaufstelle für Zeitzeugen geschaffen, die barrierefrei und zentral erreichbar ist und zu einzelnen geschichtlichen Themen Ton- oder Filmaufzeichnungen anfertigt, archiviert und verwaltet.

Originalvorschlag: 322. Einrichtung einer Anlaufstelle für Potsdamer Zeitzeugen

Das Potsdam Museum vermittelt Kunst und Geschichte der Stadt Potsdam und hat mit der Ausstellung "Eine Sammlung viele Perspektiven" einen guten Start zur Bürgerbeteiligung hingelegt. Aber da geht noch mehr. Ganz besonders liegen mir geschichtliche Ausstellungen am Herzen, die besonders spannend werden, wenn sie unterfüttert sind von Lebensgeschichten und persönlichen Erfahrungen von Bürgern der Stadt. Vieles ist in den Sammlungen des Museums bereits vorhanden, aber eine Erweiterung gerade im Hinblick auf die jüngste Geschichte ist für die Nachwelt wichtig. Hierfür könnte ein Beteiligungsformat geschaffen werden, das die Menschen in Potsdam noch stärker mitnimmt und gerade der älteren Generation gegenüber eine Wertschätzung ausdrückt. Ich stelle mir deshalb eine zentrale Anlaufstelle für Potsdamer Zeitzeugen vor, die barrierefrei und zentral erreichbar ist und zu einzelnen geschichtlichen Themenbereichen Ton- oder Filmaufzeichnungen anfertigt, archiviert und verwaltet.

24. Längere Öffnungszeiten der städtischen Bibliotheken

Die Öffnungszeiten der städtischen Bibliotheken werden ausgeweitet: Samstag bis 19 Uhr und zukünftig auch sonntags und montags geöffnet.

Zusammengefasst vom Redaktionsteam, Originalvorschläge:

369. Längere Öffnungszeiten der Bibliothek am Wochenende

Ich bin gerne in der Bibliothek am Platz der Einheit. Leider hat das Haus am Wochenende nur bis 16 Uhr geöffnet und am Sonntag ganz geschlossen. Ich finde, dieses tolle Angebot sollte auch Menschen, die in der

Woche arbeiten müssen, offenstehen. Daher wünsche ich mir eine Öffnung auch am Samstag bis 19 oder 20 Uhr und am Sonntag?

157. Längere Öffnungszeiten in der Stadtbibliothek

Die Stadtbibliothek am Kanal / Platz der Einheit braucht aus meiner Sicht längere Öffnungszeiten. Im Frühling 2022 war die Öffnung leider sehr eingeschränkt. Mittlerweile gelten wir benutzerfreundlichere Zeiten. Mein Vorschlag wäre montags, wie an allen Wochentagen zu öffnen trotzdem und am Samstag bis 19 Uhr. Ggf. könnte, bei nennenswertem Bedarf, auch sonntags geöffnet werden. Ich denke, hier würde eine kurze Öffnungszeit von 3 bis 4 Stunden ausreichen.

316. Längere Öffnungszeiten der Stadtteilbibliotheken

Seit den Coronaeinschränkungen haben die beiden Stadtteilbibliotheken am Stern und in der Waldstadt leider nach wie vor nur sehr eingeschränkte Öffnungszeiten. Beide sind jeweils nur an zwei Tagen unter der Woche, und davon auch nur an einem Nachmittag, geöffnet. Damit können sie ihrem Bildungsauftrag und ihrer Funktion als kulturelles Stadtteilzentrum kaum nachkommen. Viele Nutzer, die gerne öfter Bücher ausleihen würden, wollen dafür nicht extra in die Hauptbibliothek am Kanal fahren, zumal eine Fahrt ja mit zusätzlichen Kosten verbunden ist. Ich schlage vor, ausreichend Geld für mehr Bibliothekspersonal zur Verfügung zu stellen, so dass die Öffnungszeiten wieder den Bedürfnissen der Nutzer entsprechend ausgeweitet werden können (mindestens 3 Nachmittage/Woche, an mindestens 6 Tagen/Woche geöffnet. Dabei wäre z.B. auch eine Öffnung in den Abendstunden oder am Sonntag eine Möglichkeit, flexibler auf die Bedarfe der Leser einzugehen.

25. Inselbühne auf der Freundschaftsinsel erhalten und fördern

Die Landeshauptstadt Potsdam sichert und fördert den Betrieb der „Inselbühne“ auf der Freundschaftsinsel. Dazu gehört ein längerer Förderzeitraum als bisher, mit einer drei oder Fünf-Jahres-Perspektive und die Sicherstellung einer jährlichen Basisfinanzierung.

Zusammengefasst vom Redaktionsteam, Originalvorschläge:

320. Inselbühne erhalten und fördern

Die Stadtverwaltung soll den Betrieb der Inselbühne sichern und fördern. Der Nutzungsvertrag für die Bühne auf der Freundschaftsinsel soll künftig langfristig ausgeschrieben werden, also mindestens für drei Jahre. Zugleich wird eine regelmäßige finanzielle Unterstützung durch die Stadt verlangt. Die ehrenamtliche Potsdamer Bürgerstiftung hatte die Inselbühne im vergangenen Jahr wiederbelebt, vorher hatte die Stadtverwaltung diese abreißen wollen. In diesem Jahr soll die Saison Ende Mai beginnen, erneut ist ein kostenfreies Programm geplant. Dafür hat das Rathaus bereits 100 000 Euro in Aussicht gestellt. Ebenso hatte das Rathaus bereits Ende 2021 angekündigt, dass man ab 2023 mit längerfristigen Vergaben für mehr Planungssicherheit sorgen wolle.

503. Inselbühne nachhaltig finanzieren

Den Betrieb der Inselbühne dauerhaft und nachhaltig finanzieren: 5 Jahres-Perspektive, Basisfinanzierung sicherstellen (Programm, Admin, technische Ausstattung, künstlerische Leitung, Marketing/Werbung), Inselbühne als städtische Einrichtung losgelöst vom reinen Ehrenamt der Bürgerstiftung

26. Elektro-Mobilität: Digitale Abfrage und Web-Speicher für Ladepunkte

Die Landeshauptstadt Potsdam entwickelt ein Online-Portal mit dessen Hilfe interessierte Menschen, konkrete Orte markieren können zum Aufstellen von Elektro-Ladesäulen. Diese Informationen können potentielle Bauherren für ihre Planung nutzen. Die Markierungen dienen zudem der Ergänzung und Fortschreibung des Standortkonzepts für öffentliche Ladeinfrastruktur, dem Stadtentwicklungskonzept Verkehr und kann im Rahmen des Projekts „Smart City“ realisiert werden.

Originalvorschlag: 417. Digitaler Webspeicher für E-Ladepunkte

Ziel dieses Vorschlags ist es, ein städtisches Online-Portal zu entwickeln, mit dessen Hilfe interessierte Potsdamerinnen und Potsdamer konkrete Orte vermerken können, wo Elektro-Ladesäulen aufgestellt werden sollten. Damit wird der Bedarf an Standorten Potsdams sichtbar und die vorhandenen Listen der Verwaltung

ergänzt. Da die Stadtverwaltung selbst keine solche Lade-Stationen einrichtet, können potentielle Bauherren die Daten bei ihrer Planung nutzen und überall dort Stationen bauen, an denen es sich aus ihrer Sicht „lohnt“. Die Mobilität der Zukunft wird so vorangetrieben. Dieser Vorschlag soll auch als Ergänzung des vorhandenen „Standortkonzepts für öffentliche Ladeinfrastruktur“, das „Stadtentwicklungskonzept Verkehr“ und die vielfältigen Hinweise beim Bürgerhaushalt 2023/24 zu Ladestationen dienen. Er könnte zudem im Rahmen des Projekts "SmartCity" realisiert werden.

27. Planung einer Ortsumgehungsstraße um Potsdam

Die Landeshauptstadt Potsdam plant eine Ortsumgehungsstraße, einschließlich einer Verlängerung der Wetzlarer Straße, mit Straßenbrücke über den Templiner See (Havelspange) nach Eiche / Golm bis zur B 273. Durch die Verknüpfung der Nuthestraße L 40 mit der Heinrich-Mann-Allee, der Michendorfer Chaussee B 2, der Zeppelinstraße B 1, des Werderschen Damms, Golm-Nord und der B 273 entsteht eine wirksame Umfahrung der gesamten Innenstadt. Die Maßnahme wird im Bundesverkehrswegeplan angemeldet und kann anteilig von Land und Bund finanziert werden.

Zusammengefasst vom Redaktionsteam, Originalvorschläge:

360. Umfahrung Zentrum

Ich wünsche mir Umgehungsstraßen für Potsdam, damit der Verkehr nicht durchs Zentrum muss. So würde zB eine dritte Havelbrücke helfen.

478. Ortsumgehungsstraße Potsdam

Potsdam soll die Ortsumgehungsstraße Potsdam einschließlich Verlängerung der Wetzlarer Straße, Straßenbrücke über den Templiner See (Havelspange) über Eiche / Golm bis zur B 273 planen. Durch die Verknüpfung der Nuthestraße L 40 mit der Heinrich-Mann-Allee, der Michendorfer Chaussee B 2, der Zeppelinstraße B 1, des Werderschen Damms, Golm-Nord und der B 273 entsteht eine wirksame Umfahrung der gesamten Innenstadt von Potsdam. Die Lebensbedingungen für tausende Potsdamer werden verbessert. Weite Bereiche der Innenstadt und der nördlichen und westlichen Teile Potsdams werden von Straßenverkehr entlastet. Die Maßnahme kann von Land und Bund bezahlt werden. Die erneute Anmeldung für den Bundesverkehrswegeplan wird empfohlen.

250. Dritter Havelübergang

Potsdam braucht einen dritten Übergang für Autos über das Wasser

24. Verkehrswegeplan (Havelspange + Autofreie Innenstadt)

Attraktiver, langfristiger Umbau des innerstädtischen Verkehrs. Ausweisung von verkehrsberuhigten Fahrradstraßen. Große Radschnellwege auf den Nord-Süd, Ost-West Achsen. Dabei die Radwege von den Straßen entfernen und baulich getrennt vom Autoverkehr für die Sicherheit der Radfahrenden installieren. Mehr Ampeln mit Fahrradampeln und klaren Fahrwegen nach niederländischen Vorbild bauen. Radwege klar ersichtlich bauen und farblich hervorheben, damit die Radfahrer gelenkt werden.

*Vorteile: CO2 Einsparungen, schnellerer ÖPNV, Verlagerung vom Auto aufs Fahrrad, attraktiver durch schnellere und sicherer Wege, Geräuschkinderung mit Verbesserung der Wohlfühlqualität, kostengünstig
Nachteile: Nur in Verbindung mit der Havelspange möglich, Handwerker und Lieferanten haben mehr Schwierigkeiten am Kunden zu arbeiten und zu parken. Bau der Havelspange von der Nutzestraße über die Eisenbahnbrücke, Pirschheide bis nach Fahrland/B2 zur Entlastung des Straßenverkehrs der beiden einzigen Hauptstraßen Breite Straße und der Nuthestraße.*

Durchgangsverkehr wird somit breitflächiger durch und um die Stadt geführt. Viele Bewohner arbeiten in Berlin oder wohnen im Umland und fahren durch Potsdam zur Arbeit., Baustellen und Staus werden entzerrt. Viele Bewohner können aus diversen Gründen nicht aufs Rad oder den ÖPNV umsteigen. Vorteile: Entlastung des Innenstadtverkehrs, Krampnitz führt nicht mehr zum Verkehrskollaps, Ausweichstrecke, Verkehr bleibt aus der Innenstadt, mehr Platz für Radwege, Nachteile: sehr teuer, lange Planungs- und Bauphase mit vielen Tunneln (Telegraphenberg, Sanssouci), Finanzierung: Bundes- und Landeshaushaltsgelder und EU Förderung für das Verkehrswesen, höhere KFZ Steuer für PKW Besitzer, Verlängerung der S-Bahn vom Potsdamer HBF nach Golm

350. Altersgerechte Verkehrsplanung

Die Stadt sollte Planungen für einen dritten Havelübergang vorantreiben, damit der Verkehr in Potsdam allgemein entspannt wird. Zudem ist eine altersgerechte Verkehrsplanung anzumahnen: mehr Barrierefreiheit, Sicherheit, Parkplätze.

538. Verkehrslösung für die Stadt muss her (Brücken & Tunnel zur Entlastung der Innenstadt)

Ich finde, es muss eine langfristige Verkehrslösung für die Stadt her. In allen Richtungen aus der Stadt muss man über das Wasser. Es fehlen Verkehrsadern, die die Innenstadt entlasten, Tunnel, Brücken oä. Die historische Innenstadt sollte mittelfristig autofrei, Fahrradwege sicherer und breiter ausgebaut werden.

28. Radschnellwege-Konzept mit Schnellstrecke Hauptbahnhof / Potsdam-West

Die Landeshauptstadt Potsdam baut das Radstraßensystem nach niederländischem Vorbild aus. Dazu gehören Radschnellwege, die physisch getrennt sind von Kfz-Straßen, Vorfahrt bei Ampeln für Fahrräder, breite Radwege in separierten Richtungen, die nicht am Ende einer Straße ohne Übergang aufhören und Tempo 30, wo Radwege gezwungener Maßen auf Kfz treffen. Zudem wird ein durchgängiger, ampelfreier, sicherer und abgasfreier Radweg entlang der Bahnstrecke zwischen Potsdam West und Hauptbahnhof geprüft.

Zusammengefasst vom Redaktionsteam, Originalvorschläge:

382. Übergeordnetes Radschnellwegkonzept für ganz Potsdam

Es können nicht alle die wollen/könnte gleichzeitig mit dem Auto in die Stadt fahren. Die Ressource Platz ist begrenzt. Infrastruktur für Autos kostet ein Vielfaches von guter Radinfrastruktur und hat eine vergleichsweise geringe maximale Kapazität. Mit einem unterbrechungsfreien Radschnellweg ist es möglich durch Potsdam in 30min mit dem Fahrrad zu fahren (auch zu Hauptverkehrszeiten). , Potsdam sollte ein Radsystem nach niederländischem Vorbild aufbauen. Dazu gehört: - Radschnellwege physisch getrennt von Kfz-Straßen, - Periodisierung bei Vorfahren/Ampeln für Fahrräder, - Wegekonzept, dass nicht am Ende einer Straße ohne Übergang aufhört, - breite Radwege in separierten Richtungen, - Wo Radwege gezwungener Maßen auf Kfz-Straßen treffen maximal Tempo 30km/h, Als Einblick sei der YouTube-Channel "NotJustBikes" als Inspiration empfohlen.

Vorteile: - Gesundheitsförderung der Radfahrenden, - Weniger Verschleiß bei der teureren Kfz-Infrastruktur, - leisere Stadt = lebenswertere Stadt, - Kostenersparnis jeden Bürgers, wenn statt einer Autofahrt das Fahrrad gewählt wird, - Sicherheit für Radfahrer und Autofahrer + weniger Stress bei der Fahrt für beide Verkehrsteilnehmer, - Klimaschutz, Das Konzept lässt sich vielfältig ausbauen z.b. mit der Förderung von Lastenfahrrädern. Die Stadt würde bei einer nachhaltigen Mobilitätswende Kosten sparen.

Um den Kostenvorteil zu verdeutlichen, sollte ein Vergleich zwischen eine bestimmten Kapazität an zu bewältigenden Kilometern in der Stadt zwischen Radfahrten, ÖPNV-Fahrten und Autofahrten gemacht werden. Dazu gehört: - Kostenvergleich der zu errichtenden Infrastruktur, - Kostenvergleich der Unterhaltskosten der Infrastruktur, - Veränderung der Fahrtzeiten zwischen Haupt- und Nebenverkehrszeiten, - Zuverlässigkeit bezogen auf Ausfall/Baustellenbeeinträchtigungen, - Klimabilanz bezogen auf die Infrastruktur + die Nutzung durch die Verkehrsteilnehmer, - Sicherheit, insbesondere bei gemischtem Verkehr zu separierten Verkehr - Kapazität der Infrastruktur im Vergleich zum beanspruchten Platz + Kosten der Errichtung + Kosten des Unterhalts und Kapazitätserhalt bei ggf. vorhandenen Baustellen, - Nutzungsveränderungen bezogen auf die Jahreszeiten

194. Attraktive, schnelle Radverbindung von Potsdam West zum Hbf

Einen durchgängigen, ampelfreien, sicheren und abgasfreien Radweg schaffen entlang der Bahnstrecke zwischen Potsdam West und Hbf: von Auf dem Kiewitt über neu zu bauende Rampen, die auf das Brückenniveau der Eisenbahnbrücke Neustädter Havelbucht hochführen und wieder runter. Hier müsste ggf. das Gelände erhöht werden. Anschließend bereits vorhandener Radweg bis zur Dortustraße, von dort neu zu bauender Radweg entlang der Bahnlinie hinter dem Ministeriumsgelände bis am Lustgartenwall/ Lustgarten, von dort Rampe und neuer Radweg-Anbau an die "Eisenbahnbrücke Potsdam", auf Bahnhofsseite der Eisenbahnbrücke gewundene Rampe oder Treppe, von dort führen Radwege direkt zum Eingang vom Hbf., Die Strecke wäre nicht nur wesentlich attraktiver für Radfahrer als die verkehrsbelasteten Straßen Zeppelin- und Breite Straße, sondern würde die Fahrzeit für alle von westlich der Innenstadt und aus den westlichen Nachbargemeinden kommenden Radfahrer erheblich verkürzen. Dies wäre ein enormer Zugewinn an Attraktivität für den Umstieg auf das Rad und würde somit auch helfen, die Verkehrsbelastung in der Zeppelinstraße zu mindern.

29. Naturschutz: Rangerinnen und Ranger für Potsdam

Potsdam schafft anfänglich zwei Stellen für Naturschutz-Ranger/innen. Diese betreuen vor Ort, in enger Zusammenarbeit mit den Naturschutzbehörden und dem Naturschutzbeirat der Stadt die hiesigen Naturschutzgebiete. Sie machen diese durch Öffentlichkeitsarbeit bekannt und vermitteln Kenntnisse über Tiere, Pflanzen, Bäume und sorgen für Verständnis für deren Schutz. Dazu ist die Möglichkeit einer Teilfinanzierung über öffentliche oder private Stiftungen oder andere Einrichtungen zu prüfen.

Originalvorschlag: 222. Naturschutzranger/innen für Potsdam

Außer Potsdam gibt es keine Stadt in Deutschland, bei der mehr als die Hälfte der Gemarkung Teil eines ausgewiesenen Naturschutzgebietes ist (Hamburg 10%). Dieser Reichtum an Natur mit Flora und Fauna bedarf sorgfältiger Pflege und Überwachung Vorort um Schäden und Zerstörungen rechtzeitig zu erkennen und zu verhindern und die Grenzen zur Nutzung durch den Menschen zu kontrollieren. Für diese Aufgaben empfehle ich anfänglich 2 Stellen für Naturschutz-Ranger/innen zu schaffen, die Vorort in enger Zusammenarbeit mit den Naturschutzbehörden und dem Naturschutzbeirat die 30 Naturschutzgebiete Potsdams betreuen und durch Öffentlichkeitsarbeit bei Bürgern und Gästen bekanntmachen. Das Besondere bei der Rangertätigkeit ist dabei die Arbeit im Naturschutzgebiet, wo nahe an der Natur die wichtigsten Erkenntnisse gewonnen und im Sinne des Naturschutz-Gedankens umgesetzt werden können. Die Ranger/innen sind Vermittler zwischen Natur und Mensch und es gehört auch zu ihren Aufgaben, Führungen in den Naturschutzgebieten für Bürger und Gäste anzubieten, um Kenntnisse über Tiere und Pflanzen (Bäume) zu allen Jahreszeiten zu vermitteln und Verständnis für deren Schutz zu wecken. Genauso wie ein Stadtführer die aus der Geschichte entstandene Potsdamer Stadtschönheit vorstellt, werden die Ranger/innen die Naturschönheit der Potsdamer Wald-Wasser-Naturschutzgebiete für Bürger und Gäste bekannt machen. Erfolgreiche Beispiele aus anderen Bundesländern (Hamburg) mit Rangerinnen und Rangern lassen durch die Umsetzung des Vorschlages eine positive Außenwirkung auf die Attraktivität unserer Stadt erwarten. Beispiel: Volksinitiative "Hamburgs Grün erhalten" (Anbindung der Rangerstellen bei den Naturschutzbehörden der Stadt). Zudem besteht die Möglichkeit einer Teilfinanzierung der Rangerstellen über Öffentliche oder private Stiftungen.

30. Versorgung kranker und verletzter Wildtiere

Potsdam unterstützt die medizinische Versorgung kranker und verletzter Tiere finanziell, sodass hilfsbedürftige Wildtiere direkt und kostenlos versorgt werden. Dazu erfolgt eine Zusammenarbeit mit Tierarztpraxen und ehrenamtlichen Vereinen in den Stadt- und Ortsteilen.

Originalvorschlag: 182. Versorgung kranker & verletzter Wildtiere

*Die Versorgung kranker und verletzter Wildtiere läuft seit Jahren in Potsdam durch Spenden finanziert über ehrenamtliche Vereine und Tierarztpraxen. Es wird Zeit, dass die Stadt Potsdam ihrer Verantwortung gerecht wird, und die medizinische Versorgung finanziell unterstützt. Das Land Berlin bezahlt beispielsweise die Versorgung von Wildtieren in der Uniklinik Döberitz, sodass Finder*innen eines hilfsbedürftigen Tieres, dieses dort direkt und kostenlos abgeben kann. Ein ähnliches Modell ist für Potsdam auch vorstellbar. In Ermangelung einer großen Klinik wäre die Zusammenarbeit mit mehreren Tierarztpraxen in verschiedenen Potsdamer Stadtteilen wünschenswert.*

31. Besserer Umgang mit Stadttauben: Betreuten Taubenschlag einrichten

Die Landeshauptstadt Potsdam erstellt ein Konzept zum Umgang mit Stadttauben. Um die Bestände und Population tiergerecht zu regulieren, braucht es dieser Grundlage. Das Konzept soll unter anderem auch den Bau bzw. die Finanzierung betreuter Taubenschläge, -häuser oder -türme vorsehen, beispielsweise in der Nähe des Hauptbahnhofs.

Zusammengefasst vom Redaktionsteam, Originalvorschläge:

181. Umgang mit Stadttauben: Taubenbeschläge aufstellen

Stadtauben sind für viele Menschen ein Ärgernis. Gerade am Hauptbahnhof leben sie in Scharen, ihr Kot greift historische Gebäude an und ihnen wird (inkorrekt) nachgesagt, Krankheiten zu verbreiten. Bisherige Taubenvergrämungsmaßnahmen haben sich als ineffektiv und tierschutzwidrig erwiesen. Trotz Fütterungsverboten finden Tauben durch menschlichen Müll Nahrung und bekommen selbst unterernährt noch Nachwuchs. Entgegen der landläufigen Meinung handelt es sich bei Stadtauben nicht um Wildtiere, sondern um (verwahrloste und verstoßene) Haustiere, für die die Stadt ergibt sich daraus eine Schutzpflicht. Mehr Infos dazu gibt es hier: <https://www.berlin.de/lb/tierschutz/tauben/artikel.726849.php>
Eine erwiesene wirksame Maßnahme dafür sind eingerichtete Taubenschläge. Hier kann Gesundheit- und Ernährungszustand kontrolliert, gelegte Taubeneier zu Populationskontrolle durch Attrappen ausgetauscht und Kot gezielt entfernt werden. In Augsburg wird dieses Konzept erfolgreich umgesetzt (<https://www.augsburg.de/umwelt-soziales/umwelt/umweltstadt-augsburg/stad...>). Taubenbeschläge sind somit eine Maßnahme, die Tier und Mensch gleichermaßen hilft.

407. Betreuter Taubenschlag für unsere Stadtauben

Stadtauben sind keine Wildtiere. Die Stadt Potsdam muss wie in anderen Städten auch endlich die Verantwortung übernehmen und einen betreuten Taubenschlag errichten. Die Betreuung ist aus objektiven Gründen unzureichend. Dem Tierschutzbeauftragten des Landes Brandenburg liegt seit Dezember 2021 hierzu ein Konzept vor: *betreuter Taubenschlag!*

32. Jugend- und Freizeitfläche am Nuthepark / Hauptbahnhof finanzieren

Am oberen Teil des Nutheparks zwischen Hauptbahnhof, Langer Brücke und Havel soll eine neue Jugend- und Freizeitfläche entstehen. Da bisher nur ein kleiner Teil der Finanzierung für den Bau und Gestaltung der Fläche gesichert ist, stellt die Landeshauptstadt Potsdam ausreichend finanzielle Mittel zur Gesamtfinanzierung bereit.

Originalvorschlag: 333. Budget für Umsetzung Jugend- und Freizeitfläche Nuthepark

Am oberen Teil des Nutheparks zwischen Hauptbahnhof, Lange Brücke und Havel soll eine neue Jugend- und Freizeitfläche in Mitten der Stadt Potsdam entstehen. Dieser wird aktuell noch als Zwischenlagerplatz für Baustellen genutzt, wird aber bis Ende des Jahres geräumt. Wir als Kinder- und Jugendbüro des Stadtjugendring Potsdam e.V. begrüßen wir die Initiative des Grünflächenamts der Stadtverwaltung Potsdams diesen Ort in der Innenstadt möglich zu machen.

Deshalb haben wir im Mai 2022 eine umfassende Jugendbeteiligung für Jugendliche zwischen 12-27 Jahren zur Planung der neuen Fläche durchgeführt. Unter anderem sind Tischtennis, Volleyball, Parcours, Sitzmöglichkeiten, Grünfläche und öffentliche Toiletten auf der Fläche gewünscht und vor Ort überwiegend umsetzbar.

Um jedoch möglichst viele der Ideen vor Ort umsetzen zu können und so langfristig einen tollen Jugend- und Freizeitfläche im Herzen Potsdams zu schaffen, benötigt es eine sichere Finanzierung. Da bisher nur ein kleiner Teil der Finanzierung für den Bau der Fläche gesichert ist, benötigt es nun noch eine Gesamtsicherung des Budgets zur Realisierung. Weitere Infos zum bisherigen Prozess findet ihr unter: <https://sjr-potsdam.de/kinder-und-jugendbuero/themen/spielplaetze-freifla...>

33. Sporthalle zur Nutzung für Vereine und Gruppen (ohne Schulsport)

Potsdam errichtet eine neue Sporthalle, die keiner Schule zugehörig ist und die vormittags bspw. von Eltern-Kleinkind-Gruppen, Senior*innen und für Fortbildungen genutzt werden kann und nachmittags auch dem Vereinssport zur Verfügung steht. Die Halle sollte vorzugsweise im Norden der Stadt entstehen. Für dieses neu zu bauende Gebäude könnten moderate Nutzungsgebühren erhoben werden. Im Unterschied dazu sollen Schulsportstätten für Vereine am Nachmittag weiterhin kostenfrei zur Verfügung stehen.

Originalvorschlag: 93. Sporthalle zur Nutzung für Vereine/Gruppen (ohne Schulsport)

Sporthallen werden in der Regel im Rahmen von Schulneubauten errichtet. Ab 16 Uhr stehen sie auch dem Vereinssport zur Verfügung. Die Belegung findet zentral über eine Stelle bei der Landeshauptstadt statt. Leider ist es seit Jahren nicht möglich, allen Vereinen ausreichend Hallenzeiten zur Verfügung zu stellen! Der Kinder- und Jugendcircus Montelino kämpft, wie vermutlich viele andere Vereine, um mehr Hallenzeiten, weil die Nachfrage nach seinem Zirkus-Sport-Abgebot stetig steigt, es aber seit Jahren keine zusätzlichen Hallenzeiten gibt. Im Gegenteil, wir mussten vor einigen Jahren sogar eine Hallenzeit an einen anderen

Verein abgeben. Derzeit stehen 165 Kinder und Jugendliche auf unserer Warteliste, die sofort mit dem Training beginnen möchten. Aufgrund der großen Nachfrage trainieren wir mit ca. 50 bis 60 Kindern und Jugendlichen gleichzeitig auf einer Hallenhälfte einer Doppelsporthalle. Da erfordert großes organisatorisches Talent und macht raumgreifende Trainingsdisziplinen fast unmöglich. Wir schlagen vor, eine Sporthalle zu errichten, die keiner Schule zugehörig ist. Sie könnte vormittags bspw. von Eltern-Kleinkind-Gruppen, Senior*innen und für Fortbildungen genutzt werden und nachmittags dem Vereinssport zur Verfügung stehen. Sportvereinen stehen die Hallen der Schulen am Nachmittag weitgehend kostenfrei zur Verfügung. Für diese neu zu bauende Halle, könnten moderate Nutzungsgebühren erhoben werden. Da wir unseren Standort in Potsdam Nord haben, einem riesigen Zuzugsgebiet, wäre eine Halle in dieser Region der Stadt sehr, sehr wünschenswert.

34. Skaterbahn für Fahrland

Die Landeshauptstadt Potsdam baut im Ortsteil Fahrland eine Skaterbahn für Inliner, Roller, Skateboards oder Fahrräder.

Originalvorschlag: 12. Skaterbahn für Fahrland

Im Potsdamer Norden fehlt was für die Jugend! Eine Skaterbahn für Inliner, Roller, Skateboards oder sogar Fahrräder z.Bsp. Lasst uns die Kinder von den Straßen und Parkplätzen holen und ihnen dafür einen sicheren Platz bieten.

35. Freibad im Potsdamer Norden

Potsdam errichtet im Norden der Stadt ein Freibad, das besonders für Kinder und Jugendliche durch öffentliche Verkehrsmittel zu erreichen ist, von Rettungsschwimmern beaufsichtigt wird und vor allem kein fließendes Gewässer nutzt.

Originalvorschlag: 143. Ein Freibad für Potsdam

Ein Freibad, das besonders für Kinder und Jugendliche allein durch öffentliche Verkehrsmittel zu erreichen ist, durch Rettungsschwimmer beaufsichtigt wird und vor allem kein fließendes Gewässer ist. Es wären Schwimmer wie Nichtschwimmerbecken schön als Pool mit normalen Frischwasser, sodass Leute die mit Seewasser dermatologische Probleme haben ebenfalls zu einer Abkühlung im Sommer kämen. Ferner könnte es im Sommer für den Schulsport genutzt werden, sodass Kinder der 3. Klasse das Schwimmen etwa in einem 2 Wöchigem Kurs erlernen, statt aus Bornim morgens um 7 (1 Stunde vor Schulbeginn) bereits im Bus zum Schwimmunterricht müssen oder gar erst 2 Stunden nach ihrer Altersklasse wieder vom Schwimmunterricht zu Hause sind.

36. Fahrradweg für Groß Glienicke

Die Landeshauptstadt Potsdam baut einen sicheren Fahrradweg im Ortsteil Groß Glienicke als Verbindung und möglichen Schulweg in die anliegenden neu entstandenen Wohngebiete.

Originalvorschlag: 141. Fahrradweg in Groß Glienicke

Errichtung von Fahrradwegen in Groß Glienicke, insbesondere zur Anbindung der Grundschule Hannah von Pestalozza an kinderreiche Wohngebiete wie die Waldsiedlung/ Villenpark

- pro Klima und Umwelt

- Prävention von gefährlichen Unfällen auf dem Schulweg

- Erhöhung der Attraktivität des Lebens- und Arbeitsstandorts Potsdam, ein gut ausgebautes

Fahrradstreckennetz gehört mittlerweile zum Standard bei deutschen Wirtschaftsstandorten

Ergänzung: Denkbar wäre ein Radweg entlang der Seepromenade/Glienicker Dorfstraße - B2 - Seeburger Chaussee Richtung Waldsiedlung oder auch entlang der Saacrower Allee - B2 - Am Gutstor/Helmut Just-Str. in Richtung Waldsiedlung

37. Radweg-Lückenschluss zwischen Satzkorn und Marquardt

Die Landeshauptstadt Potsdam baut zwischen Satzkorn in Richtung Marquardt (ab dem bis zum Bolzplatz vorhandenen Radweg) zum Kreisverkehr an der B273 einen separaten Radweg an der viel befahrenen Satzkorner Bergstraße.

Zusammengefasst vom Redaktionsteam, Originalvorschläge:

43. Radweg-Lückenschluss zwischen Satzkorn und B273

Zwischen Fahrland/Satzkorn und der B273 bzw. in Richtung Marquardt fehlen einige hundert Meter sicherer Radweg. Vor allem vor dem Hintergrund, dass der Bahnhof Marquardt ausgebaut wird, fehlt eine gute Radanbindung. Es gibt bereits einen sehr schönen und gut ausgebauten Radweg aus Satzkorn bis zur Sportanlage an der Bergstraße (dieser endet vor der Fa. Berger Beton). Ab dort müssen Radfahrer auf die Straße ausweichen, um den letzten Kilometer bis zur B273 zu fahren. Direkt neben der Fahrbahn ist meiner Einschätzung nach jedoch genug Platz, um einen Radweg (oder einen gemischten Rad- und Gehweg) zu bauen. Das würde die Anbindung Fahrlands/Satzkorns mit dem Rad enorm verbessern und wäre sicherlich eine vergleichsweise einfach und günstig zu realisierende Maßnahme.

183. Radweg Lückenschluss Satzkorn zum Drehkreuz Marquardt

Die auszubauende Drehscheibe "Bahnhof Marquardt" und die Anbindung an den Radweg an der B 273 entlang verliert an Wirksamkeit, wenn nicht die ca. 1 000m lange Lücke zwischen dem bis zum Bolzplatz vorhandenen Radweg und dem Kreisverkehr an der B 273 über die gefährliche Bergkuppe, die von ca. 200 PKW und darunter 70% LKW täglich befahren wird, mit relativ wenig Aufwand geschlossen wird. Ich verweise auf die Petition, die Herr Rubelt am letzten Ortstermin am Marquardter Bahnhof vom Ortsvorsteher Herrn Spira übergeben worden ist. Es ist Gefahr im Verzug, weil die Nutzung dieser Bergstr., die auch Schulweg ist, weder von Kindern noch von Erwachsenen, die sich nicht in Lebensgefahr bringen möchten, unter den derzeitigen Bedingungen ausgeschlossen ist. Wenn aus klimatechnischen Gründen der Radverkehr gefördert werden soll, muss dieser Lückenschluss für Fußgänger und Radfahrer zeitnah geplant und umgesetzt werden.

38. Bastion am Schillerplatz in Potsdam-West fertig stellen

Die Landeshauptstadt Potsdam unterstützt die Rekonstruktion der vor der Wende zugeschütteten „Bastion“ finanziell, die derzeit maßgeblich vom „Förderverein zum Wiederaufbau der Bastion am Schillerplatz e. V.“ ehrenamtlich organisiert wird.

Originalvorschlag: 283. Bastion in Potsdam-West fertig stellen

Die Bastion gehört zu der Siedlung rund um den Schillerplatz in Potsdam West an der großen Wiese an der Havel. Vor Ort ist in den letzten Jahren bereits viel geschehen. Ein Förderverein kümmert sich um die Aufwertung des Ortes und die Wiederherstellung. Vor Kurzem wurden sogar Plakate angebracht, wie die fertige Bastion mal aussehen könnte. Noch müssen die Treppen und Geländer fertig gestellt werden. Ich finde, die Stadt sollte hier unterstützen und konkrete Bedarfe beim Verein erfragen. So ist es bspw. derzeit gar nicht so einfach, die typischen gelben Ziegel zu bekommen?

39. Mehr Tempo bei der Wiederherstellung des Stadtkanals

Die Wiederherstellung des Stadtkanals zwischen der ehemaligen Kellertor-Brücke, Berliner Straße bis zum Platz der Einheit wird weiter verfolgt, planungsrechtliche Voraussetzungen schnellstmöglich geschaffen und mögliche Förderprogramme genutzt.

Originalvorschlag: 45. Mehr Tempo für den Stadtkanal

Ich bin für die stückweise Wiederherstellung des Stadtkanals in der Innenstadt. Aber nicht vollständig, sondern zunächst nur dort, wo es derzeit kein großes Problem darstellt, nämlich überall dort, wo derzeit noch Parkplätze sind: Zwischen der ehemaligen Kellertorbrücke, der Berliner Straße bis hin zum Platz der Einheit. Die planungsrechtlichen Voraussetzungen dafür sollten schnellstmöglich geschaffen und mögliche Förderprogramme gesucht werden. Dabei sind auch Fußgänger- und Radfahrerbrücken einzubeziehen. Ein studentischer Ideenwettbewerb dazu wurde ja bereits initiiert. Der Kanal kann die Straße Am Kanal deutlich aufwerten und auch generell für mehr Grün in Zeiten des Klimawandels sorgen. Frühere Studien und

Schätzungen für den Kanalbau sind von bis zu 65 Millionen Euro ausgegangen. Doch ein Drittel dieser Kosten fallen dabei für neue Straßen, Bürgersteige oder Straßenbeleuchtung an, die eine Überholung sowie dringend nötig haben. Die Tram muss nur an der Friedrich-Ebert-Straße über den Kanal und müsste auch nicht verlegt werden. Viele Bedenken wie die Geruchsentwicklung oder angebliche Rattenplagen lassen sich schon jetzt am wiederaufgebauten Teil des Stadtkanals am Kellertor widerlegen.

40. Wohnblock „Staudenhof“ erhalten / sanieren

Der bisher für einen Abriss vorgesehene Wohnblock „Staudenhof“ am Alten Markt/Am Kanal bleibt stehen und wird nachhaltig und klimaschonend saniert.

Originalvorschlag: 44. Staudenhof erhalten

Ich bin dafür, dass der eigentlich für den Abriss vorgesehene Wohnblock Staudenhof am Alten Markt stehen bleibt. Potsdam kann auf keinen Quadratmeter nutzbaren Wohnraum verzichten. Aus meiner Sicht würde hier ein funktionierendes Gebäude abgerissen. Zudem gab es in der letzten Zeit enorme Baukostensteigerungen und der geplante Abriss steht auch den Klimaschutzzielen der Stadt entgegen. Das Gebäude, mit rund 180 vor allem kleineren Wohnungen, sollte saniert und ggf. an der einen oder anderen Stelle so erweitert werden, dass es sich dem neuen Umfeld anpasst. Die Stadt kann hier auf bereits vorhandene Untersuchungen zurück greifen. Demnach ist die nachhaltige und klimaschonende Sanierung mit 18 Millionen Euro Baukosten deutlich "günstiger" als ein Abriss plus Neubau, der mit rund 40 Millionen Euro beziffert wurde. Unter den gegebenen Umständen kann nur die Sanierung des Gebäudes der beste Weg sein.